Kleine Anfrage

Microsoft Exchange in der Landesverwaltung, Sicherheit und digitale Souveränität

Frage von	Landtagsabgeordneter Lino Nägele
Antwort von	Regierungschefin Brigitte Haas

Frage vom 04. März 2026

Die Liechtensteinische Landesverwaltung setzt im Rahmen des „Modern Workplace“ auf Microsoft 365. Dabei hat die Regierung festgehalten, dass man wegen Funktionsvielfalt, Integration und Synergien auf M365 setzt und mit Schutzmechanismen sowie einer Ausstiegsoption arbeiten will.

Gleichzeitig steht der Microsoft Exchange Server seit Jahren, insbesondere im Zeitraum 2021 bis 2025, unter Kritik. Im Mittelpunkt stehen gravierende Sicherheitslücken, die wiederholt zu weltweiten Cyberangriffen geführt haben, sowie der Druck auf Unternehmen, von lokalen Installationen in die Cloud zu wechseln.

Vor diesem Hintergrund stelle ich der Regierung folgende Fragen:

* Welche E-Mail- und Groupware-Lösungen werden aktuell in der Landesverwaltung und in die nachgeordneten Stellen eingesetzt und welche Gründe sprechen aus Sicht der Regierung für das Festhalten an dieser Microsoft-Lösung inklusive allfällig geprüfter Alternativen in Bezug auf Kosten, Integration und Sicherheit, Betriebsmodell sowie deren Resultat?
* Wie stellt die Regierung sicher, dass sicherheitskritische Updates und Sicherheitsrichtlinien zeitnah und vollständig implementiert werden und gab es in den vergangenen fünf Jahren sicherheitsrelevante Vorfälle im Zusammenhang mit der eingesetzten E-Mail-Infrastruktur?
* Wurden in den vergangenen Jahren externe Sicherheitsüberprüfungen oder Audits der E-Mail-Infrastruktur durchgeführt, und falls ja, mit welchen zentralen Ergebnissen?
* Welche strategische Ausrichtung verfolgt die Regierung hinsichtlich Cloud-Diensten internationaler Anbieter im sensiblen Bereich der staatlichen Kommunikation, insbesondere im Hinblick auf Datenschutz, digitale Souveränität und geopolitische Abhängigkeiten?

* Wie wird sichergestellt, dass angebundene Organisationen (zum Beispiel staatsnahe Betriebe, Gemeinden oder ausgelagerte IT-Dienstleister) keine Sicherheitsrisiken für die zentrale IT-Infrastruktur der Landesverwaltung darstellen?

Antwort vom 06. März 2026

zu Frage 1:

In der Landesverwaltung wird für E-Mail und Groupware seit vielen Jahren primär die Microsoft-Plattform eingesetzt. Die Wahl beruht darauf, dass die Plattform zentrale Kommunikations- und Arbeitsfunktionen integriert, Synergien im Betrieb ermöglicht und zugleich ein umfassendes Sicherheits- und Compliance-Framework bereitstellt, das für das Sicherheitskonzept der Landesverwaltung entscheidend ist. Bei der Prüfung alternativer Lösungen zeigte sich, dass andere Systeme entweder deutlich mehr Integrations- und Betriebsaufwand verursachen oder keinen vergleichbaren Funktionsumfang und keine gleichwertige Einbindung in die bestehenden Arbeitswerkzeuge bieten.

zu Frage 2:

Die Landesverwaltung betreibt für ihre IT-Systeme ein Sicherheits- und Patchmanagement. Sicherheitsrelevante Updates der eingesetzten Systeme und Anwendungen werden regelmässig bewertet und zeitnah implementiert. Die Umsetzung erfolgt nach definierten Prozessen des Amtes für Informatik und orientiert sich an anerkannten Standards der Informationssicherheit. Zusätzlich werden Sicherheitsrichtlinien und -prozesse laufend überprüft und bei Bedarf angepasst, um auf neue Bedrohungslagen reagieren zu können.

In den vergangenen Jahren gab es vereinzelt sicherheitsrelevante Vorfälle im Zusammenhang mit der E-Mail-Infrastruktur. Diese wurden jeweils analysiert und die erforderlichen Massnahmen zur Behebung und zur weiteren Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen umgesetzt. Hinweise auf nachhaltige Beeinträchtigungen des Betriebs oder einen dauerhaften Schaden für die Landesverwaltung haben sich daraus nicht ergeben.

zu Frage 3:

Für kritische Systeme der Landesverwaltung werden regelmässig externe Sicherheitsüberprüfungen und Penetrationstests durchgeführt. Dies umfasst auch Komponenten der E-Mail-Infrastruktur. Die Ergebnisse zeigen grundsätzlich, dass die eingesetzten Systeme dem aktuellen Stand der Technik entsprechen.

zu Frage 4:

Die Landesverwaltung verfolgt bei der Nutzung von Cloud-Diensten internationaler Anbieter einen risikobasierten Ansatz. Ziel ist es, die Vorteile moderner Cloud-Technologien zu nutzen und gleichzeitig die Anforderungen an Datenschutz, Informationssicherheit und staatliche Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Risiken und Abhängigkeiten werden fortlaufend analysiert und abgewogen, während die Entwicklungen in Europa zu digitaler Souveränität und geopolitischer Abhängigkeit aufmerksam verfolgt werden.

zu Frage 5:

Die Anbindung externer Organisationen an Systeme der Landesverwaltung erfolgt nach klar definierten Sicherheitsvorgaben. Dabei werden sowohl organisatorische als auch technische Massnahmen eingesetzt, um Risiken für die zentrale IT-Infrastruktur zu minimieren. Dazu gehören unter anderem verbindliche Sicherheitsanforderungen, vertragliche Regelungen sowie abgestufte Zugriffs- und Berechtigungskonzepte. Zudem werden Netzwerkverbindungen und Zugriffe technisch abgesichert und überwacht. Die Einhaltung der Sicherheitsvorgaben wird regelmässig überprüft und bei Bedarf angepasst. Für die angebundenen Organisationen gelten die gleichen technischen Sicherheitsstandards wie für die Landesverwaltung.